

Der Oberbürgermeister von Bonn an Bürgermeister Reumann, Bgm.

Reumann hat seinerzeit an den Oberbürgermeister von Bonn auf dessen Einladung der Stadt Wien zur Beethovenfeier ein Schreiben gerichtet, daß sich die Stadt Wien sehr gerne an der Festfeier der Stadt Bonn zum 150. Geburtstage Beethovens teilgenommen, wenn es die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben würden. Auf diesem Brief ist nun ein Schreiben des Oberbürgermeisters von Bonn eingelangt, das lautet: Für die freundlichen Grüße, die Sie namens der Stadt Wien der Stadt Bonn aus Anlaß des 150. Geburtstages Beethovens übermitteln haben, spreche ich den aufrichtigsten und lebhaftesten Dank aus. Ich habe Gelegenheit genommen der stadterordneten Versammlung in ihrer Sitzung, in der über die Veranstaltung einer Festfeier Beschluß gefaßt worden ist, von Ihrer Zuschrift Kenntnis zu geben, deren Inhalt mit freudigem Beifall aufgenommen wurde. Der Geburtstag des größten Sohnes unserer Stadt soll im Frühjahr, um die Zeit des Himmelfahrtfestes begangen, und zwar durch ein mehrtägiges grosses Musikfest, zu dem wir erste Kräfte zu gewinnen hoffen. Sobald das Programm feststeht, werde ich mir erlauben, Ihnen nähere Mitteilung zu machen; sollte sich die Stadt Wien alsdann an unserer Feier beteiligen können, so würde uns das zur größten Freude und Ehre gereichen. Auch wir geben uns der Hoffnung hin, daß Beethoven, den Sie mit vollem Recht den Mittler des göttlichen zum menschlichen auf dem Gebiete der Musik nennen, durch seine Kunst mit dazu beitragen wird, daß Band in Nord und Süd enger zu knüpfen. Ihre Teilnahme an unserem Feste würde durch die damit verbundene Betonung der Gemeinsamkeit unserer Volkstammigkeit und unserer Kultur umso wesentlichere Bedeutung haben, als sie uns in den besetzten Rheinlanden in unserem Festhalten an Deutschtum, an dem, was wir von unseren Vätern ererbt haben, Stärkung bringen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft neu beleben würde. Am Beethovens Geburtstag werden wir Bonner unserer Freude an der Donau herzlichst gedenken und im Geiste mit ihnen feiern.

Weihnachtsferien an den Volks- und Bürgerschulen. Vom Bezirksamtsrat Wien wird amtlich zur Kenntnis gebracht, daß gemäß dem Erlaß des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht vom 29. November l. J. auch an den öffentlichen V o l k s - und B ü r g e r s c h u l e n die diesjährigen Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1920 bis einschließlich 2. Jänner 1921 dauern. Wegen Vornahme der gründlichen Reinigung der städtischen Schulgebäude findet jedoch der Bezirksamtsrat anzuordnen, daß an diesen Schulkategorien der Unterricht

auch am 20. ... er zu ... len ...

Kartoffelgrieß für Mindestbemittelte. In der 157. Aktionswoche erhalten alle Besitzer von rosafarbenen Einkaufscheinen für Wohlfahrtsfleisch pro Person  $\frac{3}{8}$  kg Kartoffelgrieß zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes in den Geschäften der Großschlachtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 15. Dezember für A - F, Freitag, den 17. für G - K, Montag, den 20. für L - R und Mittwoch, den 22. Dezember für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person  $\frac{1}{8}$  kg Kartoffelgrieß und zwar an die ersteren zum Preise von K 2.20, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Erledigtes Schulleiterstellen. Im Wiener Schulbezirk kommen 29 freigelegene Schulleiterstellen, Direktor- und Oberlehrerstellen, zur Besetzung. Bewerber (Bewerberinnen) haben die Gesuche an den Wiener Stadtsenat zu richten. Gesuche der im Wiener Schulbezirk bereits angestellten Lehrpersonen sind bis längstens 31. Dezember bei der zuständigen Bezirkssektion des Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen.

Kinder für Kinder. Vor einigen Tagen fand im Kleinen Musikvereinsaal eine Veranstaltung statt, die in ihrer Art bis nun die erste in Wien war. Schulpflichtige Kinder haben ihr Können in Musik, Tanz und Deklamation in den Dienste der Fürsorgetätigkeit gestellt, da das Erträgnis dieser Veranstaltung der für Perialfürsorge für Wiener Schulkinder zugewandt wird. Die Veranstaltung, die unter der Kontrolle der Elternvereinigung der Mädchenvolkschule in der Leopoldgasse stand, muß im Bezug auf das Gebotene als erstklassig bezeichnet werden. Schulpflichtige Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren zeigten, was Fleiß, Können und Liebe zur Sache möglich mache. Der künstlerischen Leitung der Pianistin, Assistentin des Professors Mendelewitsch, Fräulein Rose Innländer, die mit großer Umsicht und mit vollem Verständnis die Veranstaltung durchführte, gelang es, die Darbietungen auf eine künstlerische Höhe zu bringen. Erstklassig müssen die Vorträge der kleinen Pianistinnen bezeichnet werden, denen sich die der jungen Geiger ebenbürtig anreihen können, und denen die Darbietungen der kleinen Tänzerinnen aus der Schule Heimann nicht zurückstehen. Alle Besucher dieser ersten Jungkünstler-Akademie (Kinder für Kinder), unter denen sich auch die Vertreter der auswärtigen Missionen befanden, verließen überrascht durch das Gesehene und Gehörte den Vertragssaal. Befriedigend ist auch der finanzielle Erfolg, der sich aus Spenden der Mitwirkenden und aus den

Kartenerlöse zusammensetzend den Betrag von rund 18.000 Kronen erzielt, der nun der Perialfürsorge für die Wiener Kinder zugewandt wird. Die künstlerische Leitung dieser ersten so überaus glanzvollen gelungenen Veranstaltung plant nun auch an den anderen Wiener Schulen solche Jungkünstler-Akademien zu Gunsten der Perialfürsorge der Wiener Kinder zu organisieren und es ist zu hoffen, daß die Elternvereinigungen den Veranstaltungen im Hinblick auf den ausgesprochen humanitären Zweck die Unterstützung werden angedeihen lassen.

Kapitalvermehrung des Wiener Bankvereines. Der Administrationsrat des Wiener Bankvereines hat auf Grund der ihm erteilten Vollmacht die Beschlüsse gefaßt, das Aktienkapital der Gesellschaft von 180 auf 300 Millionen Kronen durch Ausgabe von 120 Millionen Kronen Nominalen neuer Aktien in der Weise zu erhöhen, daß 60 Millionen Kronen mit Dividendenberechtigung ab 1. Jänner 1921, zum Kurse von 950 den bisherigen Aktien im Verhältnis von 1 neuen für 5 alte Aktien zum Bezuge angeboten werden und die übrige Hälfte von 60 Millionen Kronen einem Syndikate zum Preise von 1500 Kronen fix überlassen wurde.

Wien, Dienstag, den 14. Dezember 1920 - Abendausgabe.

Eine Brotpreisdebatte im Stadtsenat. Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtsenates einen eingehenden Bericht über die zur Zeitschwebenden Verhandlungen wegen der Erhöhung des Brotpreises, der mit der Feststellung endete, daß er als Landeshauptmann es unbedingt ablehne, eine Erhöhung zu verfügen und daß er es der Regierung erlassen müsse, der Bevölkerung eine derartige Last aufzuerlegen.

Der Bürgermeister teilte im Stadtsenat folgendes mit: Die schlechte Brotqualität, die seit Wochen zur Verausgabung gelangt, und auch bisher keine nennenswerte Besserung aufweist, in Verbindung mit den kursierenden Nachrichten von einer ungeheuerlichen Steigerung der Mehl- und Brotpreise haben ihn veranlaßt, den Herrn Bundeskanzler Dr. Mayr um eine Aussprache zu bitten. Diese fand am 2. Dezember unter seinem Vorsitz, in Anwesenheit des Bundesministers für Volksernährung Dr. Grünberger, des Sektionschefs Dr. Bärnklaus als Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen und unter Zuziehung des Finanzreferenten der Stadt Wien SrR. Breitner statt. In fast dreistündiger Auseinandersetzung wurde die Frage der Brotqualität und der Brotpreiserhöhung erörtert. Scharf wurde der Standpunkt Wiens dahin präzisiert, daß die arbeitende Bevölkerung ohne Unterschied, ob es sich um manuelle oder geistige Arbeiter handle, von einer Brotpreiserhöhung nicht betroffen werden dürfe, insbesondere solange nicht, als es unmöglich sei, eine bestimmte Brotqualität, die den wirklich berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung Genüge leisten kann, zu verbürgen. Der Bürgermeister verwies auf die in den Konsumentkreisen herrschende ungemessene Erregung und auf die Tatsache, daß im Laufe dieses Kalenderjahres der Brotpreis bereits eine Steigerung um 400 % von K 1.50 auf K 6.00 erfahren habe. Der Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen betonte wohl immer wieder die Notwendigkeit einer Preiserhöhung, doch fanden die Vertreter der Gemeinde Wien in den Ausführungen des Bundesministers Dr. Grünberger eine kräftige Unterstützung, der mit großer Freimut sagte, daß er einer allgemeinen Brotpreiserhöhung angesichts dieser Brotqualität auch für sein <sup>derzeit</sup> Amt nicht zustimmen könne.

Als Ergebnis dieser damaligen Besprechung wurde festgestellt, daß von einer Brotpreiserhöhung abgesehen wird. Sollte sich später eine solche als notwendig erweisen, so müsse doch unbedingt im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme eine Staffelung der Brot- und Mehlpreise erfolgen, in einer Weise, daß die wirtschaftlich schwächeren Kreise nicht davon berührt werden. Bezüglich der Abgrenzung des Begriffes wirtschaftlich schwächer konnte festge-

setzt werden, daß die in die Öffentlichkeit gedruckten Ziffern eines Einkommens von 30.000 K nicht zutreffend sei, und sofern sie überhaupt in irgendwelchen internen Konferenzen genannt würde, jedenfalls nur als ein Einkommen pro Kopf der zu versorgenden Familie gemeint sein konnte.

Der Bundesminister für Volksernährung betonte wiederholt, daß von irgendwelcher bereits feststehenden Staffelung noch nicht die Rede sein könne, wohl aber daß Hotels, Pensionen und Sanatorien das verbilligte Mehl überhaupt nicht mehr geliefert erhalten und auch bezüglich der fremden Staatsangehörigen Maßnahmen wegen Ausschaltung vom Bezuge zum ermäßigten Preise in Aussicht stünden. Schon bei dieser Beratung erklärte der Bundesminister für Finanzen, daß, wenn schon der Staat sich dazu verstehen könnte, einen Zuschuß auf das Mehl zu leisten und sogar jene 1.20 K zu tragen, die aus der letzten Regulierung der Bäckerlöhne herrühren und damals nicht überwältigt wurden, dies doch nicht geschehen könne, mit Bezug auf jene Steigerung, die aus der bereits im Zuge befindlichen Lohnbewegung und Verteuerung der Brennstoffe etc. zu gewärtigen sind.

Der Bürgermeister berichtete weiter, daß er bei Abschluß dieser Konferenz es noch einmal dem Bundeskanzler dringendst nahegelegt habe, sich den Standpunkt der Gemeinde Wien zu eigen zu machen und von jeder Brotpreiserhöhung abzusehen und für spätere Zeiten überhaupt keine generelle Brotverteilung durchzuführen. Das seither auf Grund eines stattgehabten Ministerrates erschienenen Komunique der Regierung trägt diesen Wünschen nur teilweise Rechnung. Dem Verlangen der Gemeinde, daß die Mehlzuschüsse jetzt nach diesem furchtbaren Sprung der Zucker- und Fettpreise gerade in der ungünstigsten Jahreszeit bei verkürzter Mehlquote und <sup>der dadurch</sup> ~~verslechterter~~ Brotqualität, keinem Abbau zu unterwerfen ist, entsprochen worden und ebenso ist die Regierung bereit den bisherigen Zuschuß für die Broterzeugung zu leisten.

Hingegen ist tatsächlich angekündigt, daß künftige Steigerungen bei der Erzeugung auf die Bevölkerung überwältigt werden würden. Diese letzte Gefahr ist nunmehr eine unmittelbar drohende geworden. Am 10. ds. haben die Broterzeuger, Fabrikanten wie Bäcker und die Vertreter der Arbeiterschaft bei mir vorgesprochen und das Ergebnis der untereinander geführten Lohnverhandlungen mitgeteilt. Die von den Broterzeugern erhobenen Forderungen spielen dem Verlangen nach Steigerung des Brotpreises um 80 %, das wäre also um 6 K auf nahezu 11 K. Ich erklärte, daß ich nicht in der Lage sei, dies zu sanktionieren, weil es sich nicht um eine aus lokalen Gründen hervorgerufene Teuerung handle, sondern um ganz allgemeine Erscheinungen, die in den valutarischen Verhält-

nissen und den bedeutenden Rückständen der inländischen Ablieferer überhaupt ihre Ursache habe. Ich sei daher als Landeshauptmann für Wien nicht in der Lage eine solche Maßnahme zu treffen, sondern dies sei Sache der Regierung. Die Gehilfenvertreter bemerkten, daß ihre Forderungen bis zum 15. ds. befriedet seien und andernfalls mit den Gegenmaßnahmen der Gewerkschaft gerechnet werden müsse.

Gestern fand eine neuerliche Konferenz statt, an der auch Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen teilnahmen, die auch ihrerseits an mich das Verlangen stellten, ich möge die Berechtigung der erhobenen Forderungen überprüfen, was ich jedoch ablehnte, da ich der Anschauung bin, daß das Bundesministerium für Ernährung hierzu deswegen berufen sei, weil auch schließlich die Regierung das entscheidende Wort zu sprechen haben wird. Die weiteren Konferenzen finden infolgedessen auch nicht mehr im Rathause sondern heute im Bundesministerium für Ernährung statt.

Die Landesregierung von Wien müsse nach wie vor auf ihrem Standpunkte harren, so erklärte der Bürgermeister weiter, eine Brotpreiserhöhung auf das entschiedenste abzulehnen. Es sei Ob-  
worge der Regierung, die für die Volksernährung notwendigen Anordnungen zu treffen und wenn sie glaube, unter den geschilderten Verhältnissen und angesichts der drückenden Notlage bei einer derart schlechten Qualität des Brotes auch die Preise um 80 % erhöhen zu sollen, dann müsse auch sie allein die Verantwortung hierfür tragen.

Dieser Bericht des Bürgermeisters und Landeshauptmannes wurde nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen.

Sehr geehrter Herr Kollege! Eine Verlautbarung über die heute in der Brotpreisfrage stattfindende Sitzung im Ernährungsamt wird vom Rathause aus nicht ausgegeben.